



SCHAMPUS MAGAZIN

AUSGABE
75



S
O
Z
I
A
L
L
L
O
Y
A
L
L
G
A
L
L
E
?

LANDESVORSTAND

Grüne Jugend Hessen
Geschäftsstelle
Annika Funke
Oppenheimer Str. 17
60594 Frankfurt am Main
Tel: 069 96 37 687 - 31
Fax: 069 96 37 687 - 30
E-Mail: mail@gjh.de
Web: www.gjh.de

Lysanne Dobranz, Vorsitzende
lysannedobranz@gjh.de

Benjamin Weiss, Vorsitzender
benjaminweiss@gjh.de

Lisa Süß, Frauenpolitische Sprecherin
lisasuess@gjh.de

Alexander Unrath, Schatzmeister
alexunrath@gjh.de

Laura Burkart, Beisitzerin
lauraburkart@gjh.de

Esther Schwedler, Beisitzerin
estherschwedler@gjh.de

Ben Bussiek, Beisitzer
benbussiek@gjh.de



2

INHALT

s. 3 **EDITORIAL** / s. 4 **SOZIALPOLITIK 2.1 – UND NEIN, ES GEHT NICHT UM INTERNET** / s. 5 **DIE ANDERE GESELLSCHAFT** / s. 10 **DIE SOZIALE SÄULE IM GREEN NEW DEAL** / s. 14 **EXKLUSIVES INTERVIEW MIT DER EUROKRISE** / s. 17 **DAS ENDE DER WIDERSPRÜCHE?** / s. 18 **PICCOLO – HESSEN BRAUCHT EINE AKTIVE ARMUTSBEKÄMPFUNG!** / s. 20 **KURZMELDUNGEN** / s. 21 **DER DIREKTE DRAHT ZUR FRAKTION** / s. 22 **BILDER INTERVIEW** / s. 24 **SOZIALES NETZWERK – WAS SOLL ICH DAMIT?** / s. 26 **ANDREAS JÜRGENS, VIZEDIREKTOR DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES, IM INTERVIEW** / s. 29 **SOZIAL, LEGAL, SCHEISSEGAL? – PRIVATSCHULEN UND WIE SIE UNSERE GESETZE UMGEHEN** / s. 30 **WIR WERDEN GEFRACKT!** / s. 32 **GLOSSAR** / s. 33 **ISCH KANN KANLZER** s. 34 **KREISVERBÄNDE** / s. 35 **IMPRESSUM**

SCHÄFERHUND, Nickyhannaway, Creative Commons; BOXER, Creative Commons

3

EDITORIAL

Sozial, loyal, egal?! – wieder mal ein Titel, der zum Nachdenken anregen sollte. Das haben wir auch geschafft, so oft wie nie zuvor wurden wir gefragt: Was soll das denn? Was meint ihr damit?

Und es sind super Gedanken und Fragen geworden, die sich daraus ergeben haben:

„... im Kontext dieses Thementripels hebt sich das Wörtchen “egal” durch eine spannende Doppeldeutigkeit hervor. Verbirgt sich hier die Gleichheit hinter einer scheinbaren Anspielung auf die resignierte Generation, der doch Gesellschaft, Soziales und Politik immer so gleichgültig ist? Oder ist es eher umgekehrt?“

Und da sind wir dann auch schon genau bei jenem Hintergrund angekommen, der uns auch zum Titelthema geführt hat: Die Frage, welchen Stellenwert das Soziale, das Solidarische, das Loyale im allgemeinen, gesellschaftlichen Wertekanon gerade einnimmt. Ist es wieder wichtig geworden oder ist es uns trotz diverser Krisen, die sich zum Zusammenhalten anbieten würden, egal, was um uns herum passiert?

Diese Fragen haben wir an unsere Autorinnen und Autoren weitergegeben und wünschen Euch nun viel Spaß beim Lesen ihrer Antworten.

DAS REDAKTIONSTEAM: ELISABETH AMREIN, CORNELIUS DEHM,
ANNE KAUFMANN, TOBIAS TERHAAR, ANNA RAAB,
MARCEL FISCHER



SOZIALPOLITIK

2.1 –

UND NEIN, ES GEHT NICHT UM INTER- NET

„Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben.“ Dieser für Haushaltspolitiker charakteristische Satz wurde in der Vergangenheit von den Fachpolitikern gern auf die leichte Schulter genommen. Ein bisschen auf diesen Ausgabenposten drauf, ein bisschen auf jenen Ausgabenposten drauf und aus einem

Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben.

Euro wurden schnell 3 oder 4 Euro. Alle waren glücklich, bis auf die Haushaltspolitiker. Seit der Schuldenbremse sieht es anders aus. Die Schuldenbremse zwingt die Politik zu einer Rückkehr zur Politik. Und das bedeutet in der Gesellschaft eine Debatte

zu führen, die der Frage nachgeht: Für was sollen die Steuereinnahmen ausgeben werden?

Dieser Debatte muss sich auch die Sozialpolitik stellen. Kindergrundsicherung, Studentengrundeinkommen, Erhöhung der Hartz4 Sätze, Ganztags-schulprogramm, Reform des BAFÖG, Garantierente, KITA Ausbau, Kindergelderhöhung... Lang ist die Wunschliste bei den GRÜNEN. Und wer sie mit der Schuldenbremse im Hinterkopf liest, wagt kaum zu hoffen, dass Nikolaus und Weihnachtsmann zusammen diese Wünsche erfüllen können.

Die Sozialpolitik teilt sich generell in 2 Ausgabenblöcke. Monetäre/Geld Transferleistungen und Investitionen in soziale Infrastruktur. Monetäre Transferleistungen haben den Vorteil, dass sie zu einem maximalen Zusatznutzen führen, da die einzelnen Bürgerinnen und Bürger für sich selbst den

Für was sollen die Steuereinnahmen ausgegeben werden?

zusätzlichen Nutzen der Güter am besten kennen. Sie werden somit nicht vom Staat bevormundet.

Dabei wird jedoch der homo oeconomicus vorausgesetzt, da er der einzige Mensch ist, der nie etwas aus einer Lust kauft, obwohl er es gerade nicht braucht. Da dies praktisch nicht zutrifft, haben

Wissenschaft und Politik sich weitgehend vom homo oeconomicus verabschiedet oder nutzen ihn nur noch unter der Annahme, dass mit dem homo oeconomicus eine starke Vereinfachung des Modells einhergeht. Auch die GRÜNE Partei geht beispielsweise im Bereich Verbraucherschutz explizit nicht vom homo oeconomicus aus. Denn der Homo oeconomicus würde keinen Verbraucherschutz gegen Genveränderte Nahrungsmittel, täuschende Werbung oder hochspekulative Finanzanleihen benötigen.

Investitionen in die soziale Infrastruktur bieten den Vorteil einer maximal großen Steuerungsmöglichkeit durch die Politik. Die einzelnen Ausgaben werden exakt dort ausgegeben, wo es vom Gesetzgeber gewollt ist. Beispiele dafür sind das 4 Milliarden schwere Ganztags-schulprogramm der Rot-GRÜNEN Bundesregierung oder auch die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung. Investitionen in Institutionen der Sozialpolitik ermöglichen jedem sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und vieles zu erreichen.

REICHTUM WIRD VERERBT. UND ARMUT?

Reichtum und Besitz werden schon seit jeher vererbt. Armut und Schulden nicht, richtig?

In den letzten Jahren erleben wir eine ganz neue Qualität der Armut. Sie vererbt sich geradezu. Kinder aus bildungsfernen Schichten schaffen den sozialen Aufstieg durch Bildung nicht mehr so wie noch in den 70er und 80er Jahren. Und das in einer Gesellschaft, in der Bildung immer wichtiger für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt wird. Das Hocharbeiten innerhalb einer Firma ist vielleicht möglich. Aber auch zwei gut ausgebildete, am selben

In den letzten Jahren erleben wir eine ganz neue Qualität der Armut.

Projekt arbeitende Ingenieure landen in unterschiedlichen Gehaltsklassen, wenn der eine an einer Fachhochschule und der andere an einer Technischen Universität studiert hat.

Die Grundlagen des Bildungserfolges werden bei den Kleinsten gelegt. Dazu gehören die U3 Betreuung, die KITA und die Grundschule. Nach Abschluss der

Grundschule ist der Bildungsweg weitgehend vorgezeichnet. Dies bedeutet wir müssen die Kleinsten bestmöglich fördern. Und dies ist ein riesiger Kraftakt.

Als gutes Beispiel eignet sich hierfür die U3 Betreuung – bis auf die Herdprämienbefürworter ist ihr Sinn ja unumstritten. Aber dennoch hakt der Ausbau gewaltig. Viele Kommunen sind überfordert. Sie müssen die Baukosten und den folgenden Unterhalt weitgehend alleine tragen. Und das, obwohl sie ein Bundesgesetz ausführen. Das Subsidiaritätsprinzip – wer bestellt bezahlt – wurde vom Bund außer Acht gelassen.

Darüber hinaus fehlen hessenweit aber auch 3500 Erzieher und Erzieherinnen. Und das, obwohl der U3 Ausbau und damit auch eine größere Anzahl an Erziehern und Erzieherinnen absehbar war. Hier ist das Land sehenden Auges in einen Notstand hineingelaufen.

Ein anderes, notwendiges, Ziel ist der Ausbau der Ganztagschulen – auch im Grundschulbereich. Leider befinden sich im Ganztagschulprogramm der Landesregierung nur ca. 12% der Grundschulen.

Trotz dieser 2 Beispiele aus der aktuellen sozialpolitischen Debatte in Hessen, die zeigen wo Investitionen in Institutionen benötigt werden, bedeutet dies nicht, dass wir nur dort investieren sollen. Auch mit super Kindergärten, Schulen und Hochschulen ist uns nicht geholfen, wenn Kinder und Jugendliche nicht genügend Geld für Ihren Unterhalt, der ihnen ein existenzsicherndes Leben ermöglicht, haben. Es braucht einen Mix aus beidem. Die Formel 2:1, für jeden Euro den wir an monetären Sozialausgaben leisten, geben wir 2 Euro für Institutionen aus, ist auf jeden Fall ein diskussionswürdiger Ansatz. ■

A N DIE D E R E GESELLSCHAFT



TEXT —
ELISABETH
AMREIN

E

in Gutes hat diese krisenhafte Zeit, die wir zur Zeit durchleben: Es finden diejenigen wieder Gehör, die schon lange eine andere, eine gerechtere Gesellschaft fordern und vorschlagen.

Linke Themen fristen kein exotisches Rand- und Splittergruppen- Dasein mehr, sie finden im öffentlichen Diskurs wieder statt.

Die Vermögenssteuer wird von Politiker*innen vorgeschlagen, von denen man es nie vermutet hätte. Wenn Sven Giegold im Deutschlandfunk gehört wird, wenn er erklärt, dass die Löhne in Deutschland seit der Euroeinführung real nicht mehr gestiegen sind, bei gleichzeitigen erheblichen Teuerungsraten der Lebensführung, dann bekommt das auf einmal ein anderes Gewicht.

Und es ist ja auch ganz richtig, wo eine Schuldenkrise ist, ist auch eine Vermögenskrise. All denen, die sich nicht in der luxuriösen Lage befinden, Teil der Vermögenskrise zu sein und gesellschaftliche Probleme verantwortlich und aufmerksam beobachten, stellt sich da die Frage, muss das so sein? Wollen wir so leben?

Selbst Kapitalismusbefürworter*innen erklären, dass der Kapitalismus einen Gegenspieler braucht, um zu funktionieren. Dieser Gegenspieler ist gründlich ausgerottet und mit ihm auch die soziale Marktwirtschaft, die das kapitalistische System, zu einem halbwegs erträglichen machte.

Jeremy Rifkin erklärte schon vor 17 Jahren, dass das Ende der Arbeit erreicht ist. Es bedarf laut Rifkin nur noch ca. 10% der Bevölkerung, um den status quo aufrecht zu erhalten. Wenn sich eine Gesellschaft aber diesen Luxus leisten kann, kann und darf die Folge daraus nicht sein, dass sich diese 10% hundert Prozent des Gewinns einver-

leiben können. Der Gewinn ist aufgebaut aus den Ressourcen der ganzen Bevölkerung und wenn es reicht, dass 10 Prozent von ihnen arbeiten gehen, ist es die logische Folge, dass auch die restlichen 90 Prozent davon profitieren müssen. Und es ist ja nicht so, als gäbe es nicht genug zu tun. Soziale und kulturelle Aufgaben werden zurückgespart und seit langem vernachlässigt, die Folgen dieser Vernachlässigung bezahlt die Gesellschaft später teuer. Jedoch selten die zehn Prozent, die vorher profitiert haben. Konkrete Beispiele sind eine immer schlechter gebildete Masse, die sozial, emotional und intellektuell überfordert ist und sich am Rande der Gesellschaft sieht, die sie eigentlich ausmachen.

Wenn wir so eine luxuriöse Gesellschaft haben, warum scheuchen wir unsere Kinder und Jugendlichen im Eiltempo durch die Schulen? Warum verschulen wir unser Hochschulsystem, wo doch alle wissen, dass gute Bildung Zeit braucht? Die Verschulung produziert „Fachidioten“, an diesem wenig eleganten Begriff sieht man, dass das auch im allgemeinen Mediendiskurs angekommen ist. Was ist mit Fachidioten gemeint? Nichts anderes, als dass diese Menschen nicht mehr das Denken an sich lernen, sondern bestimmtes Fachwissen in quantitativer Art und Weise eingehämmert bekommen, das sie im besten Falle auf ihr Spezialgebiet einigermaßen anwenden können. Was wir aber brauchen, sind starke, selbstsichere, kritische und kreative Charaktere, die sich zum einen in dieser flexiblen Gesellschaft zurechtfinden und zum anderen Ideen hervorbringen, wie die aktuellen Probleme zu lösen sind.

Wer kennt das nicht aus Vereinszusammenhängen, aber auch aus Betrieben?! Es

fehlt meist an denen, die selber mitdenken, die sich Aufgaben suchen, durch Beobachtung lernen und selbstständig arbeiten. Das sind aber genau nicht die, die durch das Bildungssystem nach Schema F gepeitscht wurden, da wird genau so ein wünschenswertes Verhalten untergraben und torpediert, man fällt durchs Raster.

Und um auf den Punkt der kulturellen und sozialen Arbeit zurückzukommen. Gibt es nicht massenhaft Arbeit, wenn wir daran denken, wie viel Integrationsarbeit zu leisten wäre? Wie viele Aufklärungs- und Kulturinstitutionen drehen jeden Cent dreimal um und befinden sich selbst ständig vor dem finanziellen Ruin. Aber da beißt sich die Katze in den Schwanz. Genau diese Einrichtungen, ich denke da an autonome Kulturzentren, an Beratungsstellen, an Mädchencafés, an Literaturcafés, an Bürgerinitiativen zum Erhalt denkmalgeschützter Gebäude, um nur mal ein paar Beispiele zu nennen, die genau die Bildungsarbeit auffangen könnten, im Sinne von Charakterbildung und selbstständigem Arbeiten, die eigentlich die Schulen und Universitäten leisten müssten.

Es sind genau solche Initiativen, die davon profitieren müssten, wenn nur noch zehn Prozent (und selbst wenn es dreißig wären) der Menschen arbeiten müssen. Für eben jene müssten genug öffentliche Gelder da sein, um eine lebenswerte Leben zu leben und um eine lebenswerte Gesellschaft zu gestalten.

Dieses lebenswerte Leben würde so aussehen, dass die Frage, ob man Kinder bekommt oder nicht eine individuelle Entscheidung ist, und nicht eine die am Geldbeutel, an Zukunftsängsten oder an Kitaplätzen entschieden wird. Es wäre ein Leben, in dem man sich entscheidet, ob

ordentliche
Arbeit

Zukunfts-
ängste

man ganz oder Teilzeit arbeitet, einfach, weil man auch vom halben Geld leben kann, weil man sich Stellen auch teilen kann, wenn sie anständig bezahlt sind. Ein Leben, in dem nicht abertausende Menschen Vollzeit arbeiten gehen, dann aber trotzdem vom „Arbeitsamt“ aufgestockt werden, sich dort erniedrigen lassen müssen, bei mehr als vierzig Stunden Erwerbsarbeit in der Woche.

Was wir dafür brauchen ist ein Steuersystem, was bei den wirklich Reichen richtig zuschlägt und Schlupflöcher vermeidet. Wir müssen dafür auch aufhören, immer Angst vor der Abwanderung von Unternehmen zu haben. Es kann es nicht sein, dass Unternehmen damit drohen sich ins Ausland zu verlegen, was sie dann doch nicht tun, oder wenn, dann nur ihren Hauptsitz verlegen, zweidrittel des Unternehmens aber

Was ordentliche Arbeit ist und was nicht, kann nicht von einem Arbeitsethos aus Bismarckscher Zeit bestimmt werden.

hier bleiben und hier weiter Infrastruktur und Markt nutzen. Wenn ein Unternehmen die Mehrheit seines Betriebes hier hat, dann muss es auch hier Steuern zahlen.

Die staatlichen Einnahmen müssen dann gerecht verteilt werden und es muss die Denke aufhören, Geld gibt's für „ordentliche“ Arbeit. Was ordentliche Arbeit ist und was nicht, kann nicht von einem Arbeitsethos aus Bismarckscher Zeit bestimmt werden. Die Zeiten haben sich geändert. Ehrenamtliche Arbeit ist kein Luxus, sondern in den meisten Fällen eine existenzielle gesell-

schaftliche Arbeit. Wenn die Vereine, in denen diese Arbeit geleistet wird, ihre Mitglieder nicht bezahlen können, sollte diese wenigstens vom Staat anerkannt werden. Anerkannt in dem Sinne, dass das Geld, was man bekommt, zum Leben ausreicht und sich weder Hartz IV Empfänger, noch Menschen die ihre Zeit für gesellschaftliches Engagement aufwenden, von staatlichen Institutionen massiver Repressionen ausgesetzt sehen müsse.

lebenswerte
Gesellschaft

E

ine andere Gesellschaft ist möglich und so greifbar wie schon lange nicht mehr. Jetzt ist der Zeitpunkt, wo die Wende hin zu einer Gesellschaft, die lebenswert ist, gelingen kann. Hören wir auf, gegen den demographischen Wandel mit unsinnigen Maßnahmen wie Herdprämien anzugehen. Schauen wir der Tatsache ins Auge, dass Menschen in dieser Gesellschaft keine Kinder mehr bekommen können oder wollen. Schaffen wir eine Gesellschaft, in der Menschen wieder leben wollen, dann werden wenigstens die wenigen Kinder glücklicher aufwachsen können. Und natürlich geht es nicht nur um Kinder, auch die jetzt schon erwachsenen wollen in einer Welt ohne ständigen Konsum- und Zeitdruck, Zukunftsangst und Verwertungszwang leben. Die Anzeichen dafür sind zahlreich, eines dieser Anzeichen ist die Statistik über Burn-Out und Depression am Arbeitsplatz. Das ist doch alles Quatsch. Es geht auch anders. Ein bisschen weniger Wohlstand für Wenige und mehr Lebensqualität für Viele. ■

flexible
Gesellschaft

DIE SOZIALE



SÄULE IM GREEN NEW DEAL

TEXT —
WOLFGANG
STRENGMANN-
KUHN

● DIE DREI KRISEN HÄNGEN ZUSAMMEN

Wir erleben zur Zeit die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Auch in Deutschland gab es 2009 den größten Wirtschaftseinbruch seit dem zweiten Weltkrieg und es ist auf Dauer nicht möglich uns von der Wirtschaftsentwicklung im Rest Europas abzukoppeln. Die Krise ähnelt in ihren Ursachen und ihrem Verlauf der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren. Damals konnte in den USA mit dem New Deal mit den drei Säulen Regulierung der Finanzmärkte, öffentliche Investitionen in Infrastruktur und einem neuen sozialen Ausgleich mit mehr Umverteilung und einem Ausbau der sozialen Sicherheit die Krise überwunden werden. Deswegen haben wir Grüne von Beginn der Krise ebenfalls einen New Deal gefordert, der allerdings ein Green New Deal sein muss, denn die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht die einzige Krise. Der Klimawandel schreitet voran, die Biodiversität nimmt ab und das ökologische Gleichgewicht ist in Gefahr. Gleichzeitig ist die Anzahl der Hungernden auf über eine Milliarde Menschen gestiegen, Armut steigt sowohl in den Entwicklungsländern als auch bei uns, während die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht.

Kern des Green New Deal ist es, diese drei Krisen, die Finanz- und Wirtschaftskrise, den Klimawandel und die ökologische Krise sowie die Gerechtigkeitskrise zusammenzudenken und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, die auf alle drei Krisen zielen. Der Grüne New Deal ist dabei einerseits ein Programm gegen die aktuelle Wirtschaftskrise, geht aber andererseits weit darüber hinaus und hat den Anspruch Wirtschaft und gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine neue, stabile, ökologische und sozial gerechte Basis zu stellen.

COLLIE: Art & Sarah, Creative Commons

Kern des Green New Deal ist es, diese drei Krisen, die Finanz- und Wirtschaftskrise, den Klimawandel und die ökologische Krise sowie die Gerechtigkeitskrise zusammenzudenken und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, die auf alle drei Krisen zielen.

Der Green New Deal setzt dabei auf allen Ebenen – lokal, national, europäisch und global – an.

Wir denken die Krisen aber auch deswegen zusammen, weil sie gemeinsame Ursachen haben und zusammenhängen. Die Art und Weise, wie Finanzinvestoren insbesondere in den armen Ländern investiert haben, hat sowohl die ökologische als auch die soziale Krise verstärkt und durch den fortschreitenden Klimawandel wie die Armut zusätzlich erhöht. Gleichzeitig führt dieses Wirtschaften, das keine Rücksicht auf soziale und ökologische Kriterien nimmt, zu einer weiter auseinander gehenden Verteilungsschere sowohl weltweit als auch innerhalb der reichen Länder. Umgekehrt ist die gestiegene soziale Ungleichheit aber auch eine Ursache der Finanzkrise, weil dadurch das Kapitalangebot enorm gestiegen ist und global nach Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen gesucht wurde.

Letztlich sind alle drei Krisen Folge einer Wirtschaftsweise, die vor allem auf kurzfristige Gewinnmaximierung orientiert ist, undifferenziert auf Wirtschaftswachstum setzt und weder ethische noch ökologische noch soziale Folgen berücksichtigt. Diese Art des Wirtschaftens stößt zunehmend an seine Grenzen. Um dieses zu ändern brauchen wir – im wahrsten Sinne des Wortes – radikale Veränderungen, die an der Wurzel ansetzen. Begriffe wie „ökologische industrielle Revo-

lution“ und „Transformation der Wirtschaft“ machen dies deutlich. Diese Veränderungen umfassen auch die soziale Dimension der Krise, weil auch der soziale Zusammenhalt auf eine neue Basis gestellt werden muss und ohne soziale Sicherheit der notwendige Wandel nicht erreicht werden kann.

Der Green New Deal ist ein Programm der Veränderung, bei dem weder Ökonomie und Ökologie noch Ökonomie und Soziales noch Ökologie und Soziales als Gegensätze gedacht werden.

● POLITIK DER VERÄNDERUNG BRAUCHT SOZIALE SICHERHEIT

Wir leben in einer Welt mit vielen Unsicherheiten. Neben der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, dem Klimawandel und steigender Armut, führen zunehmende Staatsverschuldung, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung zu Verunsicherung und Existenzängsten. Seit Anfang des Jahrtausends schrumpft in Deutschland die Mittelschicht, dadurch gibt es mittlerweile Absteigsängste bis in die Mitte der Gesellschaft.

In dieser Gemengelage muten wir den Menschen mit dem Green New Deal weitere umfassende Veränderungen zu. Der notwendige Umbau von Wirtschaft, Gesellschaft und sozialen Sicherungssystemen wird dabei nicht nur Chancen, sondern auch Belastungen mit sich bringen. Auch wenn die Menschen merken, dass es so nicht weitergeht, und den Wandel wollen, haben sie trotzdem gleichzeitig das Bedürfnis nach Sicherheit. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Deswegen müssen wir ökonomische Perspektiven und soziale Sicherheit bieten, der ökologische Strukturwandel der Wirtschaft und

eine stabile soziale Sicherung gehören zwingend zusammen. Wir brauchen eine stabile, armutsfeste allgemeine Grundsicherung in allen Lebenslagen, Sozialversicherungen, mit denen alle Menschen abgesichert sind und eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherheit durch Bürgerversicherungen und eine stärkere Steuerfinanzierung.

Um den Wandel stemmen zu können, müssen alle Menschen mit den dafür notwendigen Ressourcen ausgestattet sein. Dazu gehören neben finanziellen Mitteln unbedingt auch Informationen und Bildung, damit die Menschen selbstbestimmt mit dem Wandel umgehen können. Bildungssystem und soziale Sicherung sind darüber hinaus so auszugestalten, dass Abstiegsängste vermieden und Aufstiegschancen geboten werden.

Der Green New Deal erfordert neue Ideen und ein grundsätzliches Umdenken.

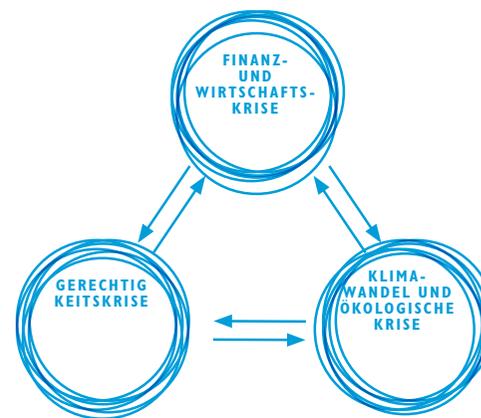
die Menschen die Möglichkeit haben selbstbestimmt zu entscheiden, wie sie leben wollen. Die soziale Sicherung muss dabei so ausgestaltet sein, dass sie Selbständigkeit, Selbstbestimmung und die Bereitschaft, Risiken einzugehen fördert. Dazu muss sich Risiko und Eigeninitiative auch lohnen. Es muss sich insbesondere lohnen, selbständig oder Teilzeit tätig zu sein. Durch die dadurch implizite Förderung von Teilzeit wird der Druck, Vollzeit zu arbeiten, verringert, wodurch Freiräume für andere Tätigkeiten und Entwicklungen von Ideen geschaffen werden.

Soziale Sicherung muss das Ziel haben, zur Teilhabe zu befähigen, zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, an der Wirtschaft und am notwendigen Wandel. Dazu sind finanzielle und ökonomische Mittel eine notwendige Voraussetzung, sie reichen aber alleine nicht aus. Um Ideen zu entwickeln, sind Wissen, know-how und vor allem Grundlagenkenntnisse notwendig. Deswegen spielen Investitionen in Bildung beim Green New Deal eine zentrale Rolle.



POLITIK DER VERÄNDERUNG BRAUCHT INNOVATIONEN UND KREATIVITÄT – FÜR EINE SOZIALPOLITIK DER BEFÄHIGUNG ZUR TEILHABE

Der Green New Deal erfordert neue Ideen und ein grundsätzliches Umdenken. Deswegen ist jede und jeder Einzelne gefordert, sich am ökologisch-sozialen Umbau zu beteiligen. Notwendig ist deshalb eine soziale Sicherung, die die Menschen nicht einschränkt und kontrolliert, sondern Kreativität freisetzt und Innovationen ermöglicht. Existenzängste, Bürokratie, Stigmatisierung und die Drohung mit Sanktionen verhindern aber genau das. Unser Ziel der sozialen Sicherung ist es hingegen Freiräume zu schaffen. Wir wollen eine emanzipatorische Sozialpolitik, bei der die Freiheit und Befreiung der Einzelnen im Mittelpunkt steht. Auf der Basis einer stabilen, möglichst unbürokratischen Grundsicherung müssen



de zu groß werden. Deswegen ist nicht nur die steigende Armut, sondern auch der immer stärker anwachsende und zum Teil unveranschämte Reichtum ein Problem. Grüne Politik sollte deshalb für eine egalitäre Politik stehen, die einerseits gleiche Chancen bietet, andererseits aber auch dafür sorgt, dass die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten verringert werden. Deswegen gehört zu der sozialen Säule des Green New Deal auch eine gerechte Finanzierung der Krise sowie der öffentlichen Leistungen überhaupt durch eine stärkere Umverteilung in der Einkommensteuer, innerhalb der Sozialversicherungen und eine stärkere Besteuerung von Vermögen.

Die Verschuldung ist insgesamt zu hoch und beträgt ein Vielfaches dessen, was in einem Jahr produziert wird. Das ist eines der Kernprobleme dieser Krise. Es ist aber nicht nur eine Staatsschuldenkrise, sondern es geht um die Gesamtverschuldung, auch der Privatpersonen, Unternehmen und Banken. Um die Schulden zu reduzieren reicht Sparen nicht und kann sogar kontraproduktiv sein, wenn nicht auch an der Einnahmenseite angesetzt wird. Zu bedenken ist, dass immer, wenn Schulden gemacht werden, auf der anderen Seite zusätzliches Guthaben, also Vermögen entsteht. Das ist gar nicht anders möglich. Der zu hohen Verschuldung steht also auch ein zu hohes Vermögen gegenüber, das darüber hinaus extrem ungleich verteilt ist. Die hohe Verschuldung ist damit ein Spiegelbild der hohen Vermögensungleichheit. Eine der Gemeinsamkeiten dieser Krise mit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren ist der starke Anstieg der Vermögensungleichheit vor Ausbruch der Krise. Die zu hohen Schulden und die entstandenen Vermögensblasen müssen gleichzeitig reduziert werden. Deswegen schlagen die Grünen zum Abbau der Staatsverschuldung, am Besten in allen Europäischen Ländern, eine Vermögensabgabe zur Tilgung von Staatsschulden vor. ■



POLITIK DER VERÄNDERUNG MUSS ALLE MITNEHMEN – FÜR EINE INKLUSIVE, UNIVERSELLE UND EGALITÄRE SOZIALPOLITIK

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind so groß, dass es nicht ausreicht, wenn sich die Politik oder irgendwelche Eliten darum kümmern. Der Green New Deal geht nur gemeinsam. Wir treten deswegen für eine inklusive, universelle und egalitäre Sozialpolitik ein, die Alle zur Teilhabe befähigt. Niemand darf zurückgelassen werden. Wir sitzen alle in einem Boot und wollen das Signal an Alle aussenden: Du gehörst dazu, wir brauchen dich. Um das notwendige Gemeinschaftsgefühl zu erreichen, dürfen weder bei der Grundsicherung noch bei der Absicherung von sozialen Risiken noch bei der Bildung Menschen ausgeschlossen sein.

Die Gesellschaft droht (global wie national) auseinander zu brechen, wenn die Unterschie-

EXKLUSIVES

INTERVIEW

**DER
EUROKRISE**

MIT

TEXT —
JENS
CHRISTOPHER
PARKER



D

ie ganze Welt redet über sie. Alle haben eine Meinung über sie. Aber niemand hat sie bis jetzt nach ihrer eigenen Sicht auf die Dinge gefragt. Deswegen freue ich mich besonders, dass die Eurokrise zugestimmt hat sich mit mir für ein exklusives Interview zu treffen.

Jens: Vielen Dank nochmal, dass Sie sich für dieses Interview zeitgenommen haben. Ist es für Sie okay, wenn ich Sie duze?

Eurokrise: Ich bitte darum. Wir sind doch schließlich alle EuropäerInnen.

Das ist wahr. Aber ehrlich gesagt möchten dich doch zurzeit fast alle eher schnellstmöglich loswerden. Wie fühlt es sich an, Europas ungebetenster Gast zu sein?

Das sind wahre Worte. Deswegen möchte ich auch unerkannt bleiben. Ich merke, dass mir häufig mit vielen Vorurteilen begegnet wird. Dabei habe ich mich nicht selbst verursacht. Ich existiere nur, um auf die strukturellen Probleme der Eurozone hinzuweisen. Ich möchte aber auch sagen, dass ich mich bei vielen EntscheidungsträgerInnen frage, ob sie mich wirklich schnell loswerden wollen,

wenn ich sehe, wie halbherzig sie meine eigentlichen Ursachen angehen.

Was sind denn deiner Meinung nach die strukturellen Probleme der Eurozone?

Meiner Meinung nach wurde im letzten Jahrzehnt versäumt die demokratische und soziale Integration der gesamten Europäischen Union aber auch der Eurozone voranzutreiben. Es ging vielen Personen in entscheidenden Funktionen zu sehr darum möglichst schnell zu wachsen und den Binnenmarkt ökonomisch zu stärken. Auch gehen die Außenhandelsalden innerhalb der Eurozone immer weiter auseinander. Wenn eine Volkswirtschaft ihr Wohlergehen maßgeblich über hohe Außenhandelsüberschüsse realisiert, passiert das auf Kosten anderer. Diese strukturelle Herausforderung muss durch eine Stärkung der entsprechenden Binnennachfrage, durch z.B. einen Mindestlohn, angegangen werden.

**Ich existiere nur,
um auf die strukturellen
Probleme der Eurozone
hinzuweisen.**

Vielen Staaten der Eurozone wird vorgeworfen über ihre Verhältnisse gelebt zu haben. Wäre das nicht auch ein strukturelles Problem?

Häufig wird einfach der Eindruck erweckt, dass die Staaten das letzte Jahrzehnt zu viele neue Schulden aufgenommen haben und deswegen wäre ich jetzt hier. Das entspricht aber nicht der Realität. Ich bin keine Staatsschuldenkrise. Zwischen 1999 und 2009 hat sich die Staatsverschuldung nicht auffällig entwickelt. Was mich gestärkt hat, war meine gute Freundin, die Finanzkrise, wodurch ab 2009 durch Krisenmaßnahmen viele Staaten hohe prozentuale Anteile ihres Bruttoinlandsprodukts

kreditfinanziert aufwenden mussten, um ihre Wirtschaft zu stabilisieren. In Irland ist dadurch z.B. die Verschuldung von 40% auf über 100% angestiegen.

Häufig wirst du darüber hinaus mit den Ratingagenturen in Zusammenhang gebracht. Was sagst du dazu?

Müssten Ratingagenturen demokratisch legitimiert werden? Wie gehen wir grundsätzlich mit diesem Oligopol um? Meiner Meinung nach brauchen wir dringend eine Debatte über die Rolle der Ratingagenturen im globalen Finanzsystem, aber ich möchte hier ganz deutlich klarstellen, dass ich auch mit vollkommen anders organisierten Ratingagenturen hier heute sitzen würde. Die Ratingagenturen und ich sind gute Freunde, mehr aber auch nicht.

Das sind deutliche Worte. Was wären deiner Meinung denn die notwendigen Debatten, um dich nicht nur als Krise, sondern auch als Chance zu begreifen?

Wir müssen das Europäische Parlament und die europäische Öffentlichkeit stärken. Wir müssen endlich deutlich machen, dass der Euro ein unumkehrbarer Meilenstein einer immer weiter fortschreitenden europäischen Integration ist und kein Grabstein. Wir müssen Eurobonds einführen und einen europäischen Einnahmepakt beschließen, um die Staatsfinanzen endlich auf ein stabiles Fundament zu stellen und den destruktiven innereuropäischen Steuerwettbewerb zu beenden. Auch können wir eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialregierung und einen europäischen Länderfinanzausgleich auf den Weg bringen.

Das sind ambitionierte Projekte. Was ist mit dem ESM und dem Fiskalpakt?

Der ESM ist zur Krisenbewältigung ein Schritt in die richtige Richtung, aber aufgrund seines limitierten Volumens nicht ausreichend. Da-

rüber hinaus sind die Konditionen zu kritisieren, die die sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Probleme in den betroffenen Ländern verschärfen. Den Fiskalpakt habe ich ehrlich gesagt nicht verstanden. Das war wohl ein Geschenk an bestimmte politische Kräfte, damit sie den Hilfszahlungen zustimmen. Ich habe damit nichts zu tun.

Für jede Krise gibt es Lösungen, die einfach, schnell und vor allem eins sind, falsch.

Immer mehr Menschen in entscheidenden Positionen behaupten aber leider, dass mit dem ESM und dem Fiskalpakt das Ende der zumutbaren Maßnahmen gegen dich erreicht wäre. Was sagst du dazu?

Zumutbar für wen? Für bestimmte nationaldenkende politische Kräfte vielleicht. Ich erlebe hingegen viele EuropäerInnen, die endlich mehr Europa wollen und zwar sozial und demokratisch. Den EuropäerInnen kann man meiner Meinung nach eher eines nicht mehr zumuten und das ist eine neotionale politische Agenda, welche den europäischen Traum mehr und mehr zu beenden versucht.

Ich kann dir da nur zustimmen. Immer mehr Menschen fragen sich aber, warum Geringverdiener in Deutschland für die Renten griechischer Besserverdiener zahlen sollen. Was denkst du zu solchen Aussagen?

Die Grenzen in Europa verlaufen doch nicht zwischen Griechenland und Deutschland, sondern zwischen unten und oben. Meiner Meinung nach brauchen wir eine Debatte um eine europäische Umverteilung. Denn leider wird viel zu häufig vergessen, dass dort, wo Schulden sind, auf der anderen Seite auch

Vermögen ist. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass es zur meiner Lösung auch eine europäische Vermögenssteuer braucht.

Häufig wird, wenn es um dich geht, um das Haushaltsrecht nationaler Parlamente debattiert. Warum, denkst du, ist das so schwierig?

Diese entscheidende Debatte wäre natürlich ohne mich deutlich einfacher gewesen. Der Drops ist nun aber leider gelutscht und deswegen müssen wir diese Debatte jetzt gemeinsam führen. Nichtsdestotrotz bin ich davon überzeugt, dass wir verbunden mit der weiteren demokratischen europäischen Integration auch weitere Haushaltsrechte auf die europäische Ebene übertragen werden. Ein Anfang wäre es z.B. den Haushalt der Europäischen Union zu erhöhen.

... leider wird viel zu häufig vergessen, dass dort, wo Schulden sind, auf der anderen Seite auch Vermögen ist.

Jetzt komme ich auch schon zur letzten Frage. Was ist deine Meinung über den sich mit dir beschäftigten aufkommenden Populismus?

Für jede Krise gibt es Lösungen, die einfach, schnell und vor allem eins sind, falsch. Das trifft auch auf mich zu.

Vielen Dank nochmal für dieses aufschlussreiche Gespräch. Ich hoffe, dass auch du die Sommerpause genießen kannst. Hast du einen Urlaub geplant?

Ich bedanke mich auch für diese sehr angenehme Unterhaltung und hoffe, dass ich ein paar Vorurteile aus der Welt schaffen könnte. Meinen wohlverdienten Urlaub mache ich, wenn ich vorbei bin. Als Krise kenne ich keine Sommerpause. ■



TEXT —
OMID
NOURIPOUR

D

as Leben von Flüchtlingen in Deutschland ist von vielen Widersprüchen geprägt. Sie sollen dem Fiskus nicht auf der Tasche liegen, dürfen sich aber aus ihrer Abhängigkeit nicht befreien (= sie bekommen häufig keine Arbeitserlaubnis). Sie existieren hier und bekommen doch nicht genug, um zu existieren (= sie erhalten „Leistungen“ nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).

An letzterem Punkt immerhin hat das Bundesverfassungsgericht jetzt etwas geändert. Mit seinem Urteil, dass die Unterhaltsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes an das staatliche anerkannte Existenzminimum, also in etwa an das Niveau von ALGII-Leistungen angepasst werden müssen, entspricht das Gericht der Auffassung, die Grünen schon seit Jahren vertreten, aber gegen die CDU, bisweilen im Verbund mit der SPD, nicht

durchsetzen konnten: AsylbewerberInnen sind Menschen mit den gleichen Bedürfnissen wie Deutsche. Sie können ebensowenig wie Deutsche von 225 Euro im Monat ein menschenwürdiges Leben führen.

Dieses Urteil ist eine klare Absage an den skandalösen Umgang, den dieses Land seit Jahren mit Menschen pflegt, die hierher kommen, weil sie sich von einem freien, demokratischen Rechtsstaat den Lebensraum erhoffen, der ihnen in ihrer Heimat genommen wurde. Die allermeisten dieser Menschen sind couragiert, fleißig und haben es keineswegs darauf abgesehen, dem deutschen Steuerzahler „auf der Tasche“ zu liegen. Viele Regelungen in diesem Land aber rufen diesen Menschen zu: „Wir wollen Euch nicht!“ Man könnte gegensätzlich setzen: „Wir wollen Euch hier behalten, weil alles andere unmenschlich wäre.“

Spätestens im Angesicht der Karlsruher Entscheidung muss dieser Umgang ein Ende haben. Er ist schlicht und einfach unanständig. Wenn es noch einen Funken echte Bürgerlichkeit in den so genannten bürgerlichen

Parteien gibt, können sie das hier beweisen. Die Kosten sind sehr über-

schaubar, und wenn wir endlich die widersinnigen Arbeitsverbote und Residenzpflichten (Den eigenen Landkreis nicht verlassen dürfen!) aufheben, dann werden wir merken, dass wir am Ende Geld sparen, weil

die Mehrheit dieser Menschen arbeiten, ihre Erfahrung und Energie in unsere Gesellschaft einbringen wird.

Schließlich gilt auch dies: Die globalen Verhältnisse sind in Bewegung geraten. Länder, aus denen heute noch Flüchtlinge kommen, können morgen schon begehrte Handelspartner sein. In diesem Sinne ist eine menschliche Flüchtlingspolitik ein Wert an sich, aber auch eine nachhaltige, global orientierte und verantwortliche Wirtschaftspolitik. ■

**WIR
WOLLEN
EUCH
NICHT!**

TEXT –
MARCUS BOCKLET

HESSEN BRAUCHT EINE AKTIVE ARMUTSBEKÄMPFUNG! FÜR TEILHABEGERECHTIGKEIT UND CHANCENGLEICHHEIT IN HESSEN



In Hessen wird seit Jahren zu wenig gegen Armut getan. Hier einige Maßnahmen, die dringend notwendig sind:

1. ARMUTSBERICHT AUSWERTEN – KONSEQUENZEN ZIEHEN

Der neue hessische Armuts- bzw. Sozialbericht, muss intensiv ausgewertet und Konsequenzen daraus gezogen werden. Hessen braucht einen verstärkten Diskurs über Ursachen, Lösungsansätze und Maßnahmenplanungen.

2. QUALITÄTSVERBESSERUNG GEGEN BILDUNGSARMUT

Gute Bildung – gutes Einkommen. Wir wollen mehr junge Menschen mit Abitur und mehr Studierende! Ein höherer Schulabschluss und der Besuch einer Hochschule muss wieder stärker einkommensschwachen Schichten ermöglicht werden. Um mehr Bildungsteilhabe zu erreichen, muss frühzeitig in Maßnahmen zur Verbesserung von Bildungschancen investiert werden. Für eine Qualitätsverbesserung in den Hauptschulen fordern wir deshalb die Umsetzung unseres Konzeptes PELE, das durch individuelles Fallmanagement

die Jugendlichen gezielt fördert, früher und besser qualifiziert und auf ihr Berufsleben vorbereitet.

3. ERWERBSFÄHIGKEIT ERHÖHEN – ALLEINERZIEHENDE BESONDERS FÖRDERN

Die Organisation des Erwerbslebens ist schwierig. Hier gilt es, bessere und verlässliche Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen. Unsere Konzepte zu Betreuung schaffen eine qualitativ hohe und zuverlässige Bildung, Betreuung und Erziehung in Hessen für alle Kinder bis 10 Jahre.

4. ARBEITSLOSEN HELFEN

Gerade Langzeitarbeitslose sind von Armut betroffen. Hilfen zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt haben daher für uns höchste Priorität. Dabei ist die Förderpraxis von Langzeitarbeitslosen in Hessen skandalös. Wir wollen, dass endlich eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik in den hessischen Jobcentern beginnt, die die zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel dafür nutzt, den Arbeitslosen Hilfen wie Fortbildungen, Qualifikationen und Eingliederungsangebote anzubieten.

5. GESETZLICHE MINDESTLÖHNE AUF LANDESEBENE

Entgegen der weit verbreiteten Meinung, Armut sei ein Problem der Arbeitslosen, sind auch immer mehr Erwerbstätige im so genannten Niedriglohnssektor von Armut betroffen. Wir fordern auch für Hessen eine gesetzliche Regelung von Mindestlöhnen.

6. WOHNRAUMFÖRDERUNG FÜR EINKOMMENSCHWACHE FAMILIEN

Einkommensschwache Familien leiden unter der hohen Wohnkostenbelastung. Für sie brauchen wir eine bessere Wohnraumförderung. Das gilt besonders für die Ballungsräume mit sehr hohen Mietkosten auf dem Wohnungsmarkt.

7. HILFEN FÜR ÜBERSCHULDETE HAUSHALTE

Die Anzahl verschuldeter Privathaushalte nimmt deutlich zu. Für die Prävention und die nachhaltige Verringerung von Privatschulden werden dringend mehr Schuldnerberatungsstellen benötigt. Verbraucherinsolvenzverfahren verbessern die finanzielle Situation in überschuldeten Haushalten massiv und zeigen so einen Weg aus der Schuldenfalle. Wir müssen diese Einrichtungen in Hessen stärker ausbauen.

MEHR INFOS DAZU: WWW.GRUENE-HESSEN.DE
DER AUTOR IST SOZIALPOLITISCHER SPRECHER DER LANDTAGSFRAKTION

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN startet ihre landesweite „Konzepte für Hessen-Tour 2012“. Unser Motto für die nächsten Monate ist: Raus aus dem Landtagsbüro, hin zu den Bürgerinnen und Bürgern. Von August bis Oktober 2012 bereisen die Abgeordneten der Landtagsfraktion die Landkreise und kreisfreien Städte. Wir wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen. Dafür haben wir seit Beginn der Legislaturperiode zahlreiche Konzepte für Hessen erarbeitet. Wir zeigen mit konkreten und machbaren Konzepten die Alternative zur schwarz-gelben Tristesse auf. Auf www.gruene-hessen.de können alle Interessierten ständig aktualisiert sehen, wann wir in ihrer Nähe sind.

Raus aus dem Landtagsbüro, hin zu den Bürgerinnen und Bürgern

Die Äußerungen der neuen Kultusministerin Beer zu ihrem ersten Schuljahresstart sind perspektiv- und orientierungslos. Leider bringt auch die vierte Kultusministerin in vier Jahren keinen Aufbruch für Hessens Schulen:

— Auch im kommenden Schuljahr wird die Landesregierung ihr Versprechen einer 105-prozentigen Lehrerversorgung nicht halten.

— Das Versprechen der Regierung, die Schulsozialarbeit auszubauen, ist der neuen Kultusministerin noch nicht einmal mehr der Erwähnung wert. Auch beim Ausbau

von Ganztagschulen bleibt es bei dem bisherigen Schneckentempo. Selbst bei ihrem angeblichen Schwerpunkt, der selbstständigen Schule, ist nicht erkennbar, wo die Landesregierung hin will. Neun Jahre nach dem ersten Beschluss des Landtags zur selbstständigen Schule haben diesen Status gerade einmal 58 von rund 2000 Schulen erreicht.

— Offensichtlich ist die bildungspolitische Orientierungslosigkeit von Schwarz-Gelb bei der verkürzten Schulzeit zum Abitur (G8). Erst wird jahrelang stur an der Einführung von G8 festgehalten und alle Kritik als unberechtigt zurück gewiesen. Jetzt soll es doch die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 geben.

— Obwohl in Hessen seit mittlerweile über einem Jahrzehnt über die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts diskutiert wird, kann sich die CDU/FDP-Koalition immer noch nicht über dieses Thema verständigen.

— Auch drei Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention ist nicht zu erkennen, wie das darin vorgesehene inklusive Schulsystem verwirklicht werden soll.

— Und als hätten die Schulen nicht schon genug Probleme will Schwarz-Gelb mit dem Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz die gesamte Bildungsverwaltung auf den Kopf stellen. ■

ANRUF GENÜGT...



Schlossplatz 2
65183 Wiesbaden
Tel: 0611-350-582
Fax: 0611-350-600
www.gruene-hessen.de
gruene@ltg.hessen.de

ABGEORDNETE

Tarek Al-Wazir - 580
Fraktionsvorsitzender
Medien

Marcus Bocklet - 633
Sozialpolitischer Sprecher,
Armutsbekämpfung, Arbeitsförderung, Familie, Kinder und Familie, Aus- und Weiterbildung

Angela Dorn - 634
Umwelt Energie und Klimaschutz

Ellen Enslin - 620
Kommunales, Datenschutz

Sigrid Erfurth - 743
Finanzen, Europa, Schutz der Werra, Stellv. Fraktionsvorsitzende

Jürgen Frömmrich - 632
Innen- und Rechtspolitik

Daniel May - 794
Hochschule und Wissenschaft

Ursula Hammann - 741
Natur- und Tierschutz, Vizepräsidentin, Vizepräsidentin des Landtages

Frank Kaufmann - 747
Haushalt, Flughafen Frankfurt, Landesentwicklung und Regionalplanung

Kai Klose - 673
Wirtschafts-, Wohnungs-,
Lesben und Schwulenpolitik

Monne Lentz - 742
Jugend, Drogen, Frauen,
Gleichstellung

Daniel Mack
Netzpolitik und Sport

Karin Müller - 745
Verkehr

Mürvet Öztürk - 740
Integration, Migration,
Petitionen

Kordula Schulz-Asche - 749
Demografischen Wandel,
Gesundheit, Behindertenpolitik, Stellv. Fraktionsvorsitzende

Martina Feldmayer - 748
Landwirtschaft, Gentechnik,
Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Kultur

Matthias Wagner - 746
Bildung, Parlamentarischer
Geschäftsführer

PRESSESTELLE

Elke Cezanne - 597
Pressesprecherin

Till Haupt - 586
Online Redaktion &
Öffentlichkeitsarbeit

Therese Kosowski - 594
Mitarbeiterin Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit

SEKRETARIATE

Eveline Hoja - 590
Al-Wazir, Wagner

Gabriela Rehbein-Mältitz - 654
Jürgens, Müller, Kaufmann,
Erfurth

Stefanie Euler - 603
Dorn, Frömmrich, Klose, Sorge

Emma Burg - 651
Bocklet, Enslin, May, Öztürk,
Schulz-Asche

BILDER INTERVIEW

mit **Lysanne Dobranz**



1.
Trotz deiner
17 Jahre bist du fast die
Dienstälteste im LaVo.
Woran macht sich das
bemerkbar?



2.
Glätteisen oder
Lockenstab?



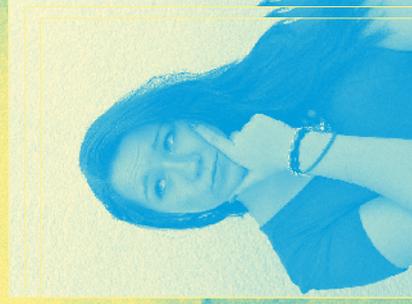
3.
Das typische
Lysanne-Accessoire?



5.
Ist Politik als Beruf für
dich vorstellbar?



4.
Lieber Investitionen in
direkte soziale Geld-
leistungen (Kinder-/
Betreuungsgeld) oder
in Institutionen
(KITA/Schule)?



6.
Als du mit Politik ange-
fangen hast hattest du
furchtbare Angst mit
unseren Abgeordneten
zu sprechen.
Sind das so komische
Menschen?

S
O
Z
I
A
L
E
S

WAS SOLL ICH DAMIT?

TEXT —
PHILLIP KRASSNIG

N
E
T
Z
W
E
R
K

W

enn wir einen Überbegriff für unsere häufigsten Nebenbeschäftigungen wie Facebook, Twitter, Google+ oder ähnliches suchen, fällt über kurz oder lang der Ausdruck „Soziale Netzwerke“. Man vertreibt sich gerne damit die Zeit, zu sehen, was Freunde und Bekannte gerade tun, verteilt Likes und Faves und kommentiert gelegentlich. Die Sinnfrage stellt sich jedoch kaum einer.

Als ich mir diese Frage gestellt habe, bin ich über das soziale Netzwerk meiner Eltern gestolpert. Dazu habe ich allerdings weder einen Computer angeschaltet, noch ein Handy in die Hand genommen, sondern ein kleines schwarzes Kästchen. In diesem fand ich auf kleinen Kärtchen, die wir allenfalls noch vom Vokabellernen kennen, alphabetisch sortiert die Kontaktdaten von vielen Freunden, ArbeitskollegInnen, Bekannten, Versicherungen, Ärzten, und so weiter ... Dieses Kästchen steht bei uns schon länger neben dem Telefon, als es Facebook überhaupt gibt. Doch als ich es mir durchgesehen habe, ist mir klar geworden: Jeder spannt mit seinen Kontakten sein ganz eigenes soziales Netzwerk – dafür braucht es kein Internet!

Diese Kontakte hat jeder auch ohne Listen und Circles schon lange kategorisiert: MitschülerInnen, KommilitonenInnen, ArbeitskollegInnen, Vereinsmitglieder oder Mitglieder der Grünen Jugend! Denn oft bilden sich soziale Netzwerke neben Wohnort, Verwandtschaft oder Schicksalsgemeinschaft, wie Uni, Schule oder Arbeit, auch nach gemeinsamen Interessen. Wer über das Selbe nachdenkt, tauscht sich natürlich auch gern untereinander aus. Dementsprechend entstehen auch online soziale Netzwerke, die sich auf bestimmte Interessen fokussieren: Fotografieinteressierte treffen sich bei

Instagram, Ponyliebhaber bei Pferde-wkw, und Grünaffine eben im Wurzelwerk! Unter Gleichgesinnten entstehen Diskussionen, bei denen man sich im besten Fall zu neuen Ideen anregt und bereichert. Also Friede, Freude, Eierkuchen mit den Social Networks?

Keinesfalls! Neben unangenehmen Dingen wie Vetternwirtschaft oder Asozialem wie Mobbing, gibt es doch ein Thema die bei der Contra-Betrachtung von Sozialen Netzwerken immer wieder Beachtung findet – Der Datenschutz!

Partyfotos verschrecken zukünftige Arbeitgeber. Facebook verwirrt uns mit immer länger werdenden Datenschutzerklärung und meldet seinen Europasitz ausgerechnet in Irland an, und die Politik rückt immer noch nicht von der unsäglichen Vorratsdatenspeicherung ab. Dabei lässt sich zumindest einiges an Problemen mit den Online-Netzwerken vermeiden, wenn man sie mit der Offline-Welt vergleicht. Das beliebteste Bild dafür ist, der Marktplatz. Da viele Menschen ihre Einstellungen in Facebook und Co nicht nachjustieren, kommt ein Post meist einem Schrei über einen belebten Marktplatz gleich. Der Gedanke daran, ob es wirklich alle dort interessiert oder etwas angeht, ob man zu einem Fußballspiel fährt oder ob man gerade müde ist, kann helfen. Um eine solche Situation zu vermeiden helfen übrigens zwei kleine Klicks. Zum einen die Privatsphäre statt auf „Freunde und Bekannte“ auf „nur Freunde“ umzustellen und zum anderen wirklich überlegen, ob ich wirklich alle Anfragen positiv beantworte. Schon reduziert sich der belebte Marktplatz um ein Wesentliches. Allgemein sollte man darauf achten, wen man was erzählt: Klatsch und Tratsch hat die Online-Welt allerdings nicht erfunden, sondern nur schneller gemacht.

Doch nicht nur Menschen aus dem persönlichen Umfeld lesen mit. Auch die sozialen Netzwerke, allen voran Facebook, beobachten die Aktivitäten und speichern sie und erstellen daraus ein individuelles Profil, um damit ihre



Werbung besser verkaufen zu können. Wer einmal sich die Mühe gemacht hat, Facebook sein Recht auf informelle Selbstbestimmung zu nutzen und sich sämtliche Daten zuschicken lässt, wird sicher überrascht sein, was die Firma mit der weißen Schrift auf blauem Grund alles über einen weiß. Nach aktueller Rechtslage ist diese Datensammelwut jedoch völlig rechters. Das hängt aber auch damit zusammen, dass der Titel der verbreitetsten Lüge von „Ja, mach ich gleich“ auf „ich

habe die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelesen“ übergegangen ist. Nur wer wirklich mit diesen einverstanden ist, sollte auch das entsprechende Häkchen setzen. Für die Leute, die es nicht tun: Euch bleibt das Offline-Soziale-Netzwerk. Weniger Tempo, mehr Kontrolle! ■

ANDREAS JÜRGENS, VIZEDIREKTOR



IM
INTERVIEW

Was ist überhaupt der LWV und welche Aufgaben hat er?

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist ein Zusammenschluss der Landkreise und kreisfreien Städte, dem soziale Aufgaben übertragen wurden. Er ist überörtlicher Träger der Sozialhilfe, d.h. er unterstützt Menschen mit Behinderungen und Kranke durch individuelle und bedarfsgerechte Leistungen. Das gilt für Menschen in Einrichtungen genauso wie im Betreuten Wohnen. Eine weitere Säule ist das Integrationsamt, dessen Hauptaufgabe

die Unterstützung von Behinderten im Berufsleben ist und die Ausgleichsabgabe (die von Arbeitgebern bei nicht besetzten Pflichtarbeitsplätze für Schwerbehinderte zu zahlen sind) als Einnahmequelle hat. Ebenfalls zuständig ist der LWV für die Kriegsopferfürsorge und er ist Träger von Schulen mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören, emotionale und soziale Entwicklung und kranke SchülerInnen.

Darüber hinaus ist der LWV Alleingesellschafter der Vitos GmbH, zu der u.a. psychat-

DES

TEXT —
CORNELIUS
DEHM

rische und forensische Kliniken zählen. Außerdem gehören zum LWV noch die Gedenkstätte in Hadamar, ein großes Archiv mit dem Schwerpunkt der Krankengeschichte und auch große Waldgebiete, die historisch mal zu den Klöstern gehörten, in denen später die Einrichtungen untergebracht wurden, die seit 1953 zum LWV gehörten. Also eine riesige Palette an Aufgaben.

**Die Bereiche Leben,
Wohnen und Arbeiten sind mir
gleichermaßen wichtig.**

Wie wird das LWV-Parlament gewählt?

Der Landeswohlfahrtsverband hat eine ähnliche Struktur wie Städte und Landkreise. Hauptgremien sind der Verwaltungsausschuss als Verwaltungsspitze sowie die Verbandsversammlung als Parlament. Die politischen Mehrheiten sind sehr stark von den Ergebnissen der letzten Kommunalwahl abhängig. Es gibt 5 Wahlkreise in Hessen mit jeweils 15 zu vergebenden Sitzen für die Verbandsversammlung des LWV, in jedem dieser Wahlkreise können die Parteien Listen aufstellen. Dann wählen alle Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte die Abgeordneten des Wahlkreises, zu dem der jeweilige Kreis oder die Stadt gehört. Das wird dann jeweils für den jeweiligen Wahlkreis zusammengezählt und dann weiß man, von welcher Liste wie viele Leute in das Sozialparlament einziehen. Auf Grund des sehr guten grünen Wahlergebnisses bei der letzten Kommunalwahl ist die LWV-Fraktion von 8 auf 13 Mitglieder gewachsen. Statt Jamaika gibt es nun beim LWV schwarz-grün. Alle 6 Jahre (vergleichbar den Dezernenten in Städten und Beigeordneten in Landkreisen) werden der Landesdirektor und der Erste Beigeordnete vom Parlament gewählt. Am

18.04. hat die Verbandsversammlung mich zum neuen Ersten Beigeordneten gewählt.

In der Landespolitik kritisieren wir Grüne die CDU im Bereich Soziales öfters. Ob Inklusion und die Organisation der Krankenhäuser. Beides sind Themen im LWV und ihr regiert in einer Schwarz-Grünen Koalition. Wie kann das funktionieren?

Das funktioniert beim LWV nicht anders, als in allen Kreisen und Städten auch. Uns Grünen hat es immer sehr gut getan, zunächst die Inhalte zu diskutieren und dann erst zu sehen, mit wem kann ich grüne Ziele am Besten umsetzen. Wichtigen grünen Zielen wie die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung, dem Grundsatz ambulant vor stationär, den Mensch in den Mittelpunkt zu stellen, aber auch die Kosten nicht explodieren zu lassen, hat sich die CDU angeschlossen. Und nach den positiven Entwicklungen seit 2006 hat nicht nur die LWV-Fraktion sondern auch der Hessische Parteirat einstimmig für die weitere Zusammenarbeit gestimmt.

Auch beim Thema Krankenhäuser sind wir uns beim LWV einig gewesen. Der LWV ist bei seinen Krankenhäusern einen anderen Weg gegangen als beispielsweise die Privatisierung der Uni-Kliniken in Gießen und Marburg. Wir haben uns für eine Holding-Lösung entschieden, die nach wie vor im 100%-Besitz des LWVs ist. Die einzelnen Häuser sind gGmbHs. Fast alle Häuser schreiben schwarze Zahlen und dieser Weg wird mittlerweile auch parteiübergreifend sehr positiv bewertet. Insgesamt ist die Zusammenarbeit vertrauensvoll und gut.

Gibt es Themen die dir besonders am Herzen liegen und die du voran treiben möchtest?

Wer mich kennt weiß, dass ich mich mein

ganzes Leben immer für das selbstbestimmte Leben behinderter Menschen eingesetzt habe, in der Behindertenbewegung, im Landtag und nun natürlich auch beim Landeswohlfahrtsverband. Die Bereiche Leben, Wohnen und Arbeiten sind mir gleichermaßen wichtig. Im Bereich Wohnen will ich den eingeschlagenen Weg für mehr Betreutes Wohnen und weniger stationäre Plätze fortführen. Besonders wichtig ist für mich der Bereich der Arbeit. Wenn es mir gelingt viele Menschen mit Behinderung dazu zu Befähigen hinterher selbstverständlich einen Platz im ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, wäre ich sehr zufrieden. Das kann ich allerdings nicht alleine, sondern da sind Einrichtungen, Politik und Wirtschaft gleichermaßen gefragt. Der Schlüssel zum Erfolg liegt vor allem erst einmal im Bereich Bildung und Qualifizierung. Leider hat Hessen beim Thema der gemeinsamen Beschulung noch erheblichen Nachholbedarf. Aber auch danach muss es uns gelingen für die Menschen individuelle Lösungen zu finden. Immer auch mit dem Ziel der möglichst weitgehenden Integration in den ersten Arbeitsmarkt.



anderen größere Erwartungen vorhanden. Letztlich werde ich genauso wie jeder andere auch an den Ergebnissen gemessen, bin aber auch wie jeder andere an die gesetzlichen Grundlagen gebunden. Es war auch sehr schön, dass ich sehr viele

positive Rückmeldungen nach der Wahl erhalten habe. Denen will ich versuchen, gerecht zu werden.

Viele Landkreise und Kommunalpolitiker klagen über steigende Abgaben an der LWV. Was antwortest du dann?

Knapp über 3% des gesamten LWV-Budgets sind interne Verwaltungskosten, das ist im Vergleich zu Städten und Gemeinden nicht viel. Die übrigen 97% werden wieder ausgegeben, weit überwiegend für die Menschen mit Behinderung in Hessen. Diese Mittel fließen zurück in die Kommunen. Wir haben einen sehr transparenten Haushalt, an dem man sehr genau ablesen kann, wofür wir Geld ausgeben. Uns geht es allerdings an vielen Stellen genauso wie den Kommunen auch, überwiegend sind es gesetzliche Leistungen, bei denen wir gar nicht sparen dürfen.

Und wir haben seit vielen Jahren enorm steigende Fallzahlen, demgegenüber stehen deutlich geringer steigende Kosten.

Selbstverständlich werden wir auch weiterhin sehen, wo wir noch effizienter arbeiten können und wo wir bei den Ausgaben sparen können. Aber: Der Speck ist schon lange weg beim LWV. 4/5 dessen, was Organisationsuntersuchungen an Einsparpotenzial beziffert haben sind mittlerweile umgesetzt.

Mir ist es aber auch wichtig, dass wir bei aller Berechtigung der Kostenfrage, die Ziele der Inklusion nicht aus den Augen verlieren. Das sollte immer im Vordergrund stehen. ■

Wenn es mir gelingt viele Menschen mit Behinderung dazu zu Befähigen hinterher selbstverständlich einen Platz im ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, wäre ich sehr zufrieden.

Gibt es von Seiten eurer Klienten eine erhöhte Erwartung an dich, weil du selbst im Rollstuhl sitzt?

Nein, bislang habe ich diesen Eindruck nicht, aber vielleicht sind doch bei dem einen oder

SOZIAL, LEGAL, SCHEISSEGAL?

PRIVATSCHULEN UND WIE SIE UNSERE GESETZE UMGEHEN

TEXT —
BEN BUSSIEK

P

privatschulen, im Fachjargon „Schulen in freier Trägerschaft“ genannt, werden von kirchlichen Trägern, Organisationen oder Privatpersonen betrieben. Sie sind für ihre Gestaltung und ihr Lehrpersonal selbst verantwortlich, stehen jedoch unter staatlicher Aufsicht.

Schulen in freier Trägerschaft ergänzen häufig die staatlichen Schulen durch Erproben verschiedenster pädagogischer Ansätze. Durch die Konkurrenz untereinander und in Relation zu den staatlichen Schulen lösen Privatschulen einen Qualitätsdruck aus, der zur Verbesserung unseres Schulsystems beiträgt. Daher hat der Staat Interesse an der Gründung von Privatschulen und erwähnt „Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen“ sogar ausdrücklich im Grundgesetz (Art 7.4).

Die ersten Gedanken jedoch, die vielen Menschen zur Privatschule in den Kopf kom-

men, sind Erfolg, High Society und (natürlich) viel Geld. Doch stimmt das eigentlich und wäre das überhaupt legal? Nicht unbedingt lautet vermutlich die korrekte Antwort.

So achten z.B. Montessori- und Waldorfschulen auf einen Ausgleich der Beiträge. Häufig sind sie gestaffelt nach dem Einkommen der Eltern und bieten die Möglichkeit kostenlos teilzunehmen.

Andere hingegen nehmen sehr bewusst hohe Schulgelder. Exemplarisch dafür steht das private Internatsgymnasium „Schloss Torgelow“ mit einem Beitrag von ca. 2600€ im Monat. Auf die Frage ob es nicht ungerecht sei, dass nur Reiche in Schloss Torgelow lernen könnten, antwortete Schulleiter Lehmann: „Nur weil ich ein Produkt verkaufe, das sich andere nicht leisten können, bin ich doch nicht unmoralisch“.

Rechtlich gesehen ist es durchaus bedenklich.

Das Grundgesetz schreibt vor, dass Genehmigungen für Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen nur erteilt werden dürfen, falls eine „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“ (Art 7.4)

2600€ im Monat stellen also keine Sonderung nach dem Geldbeutel der Eltern dar? Wohl kaum.

Allerdings gibt es Schlupflöcher. So beziehen sich diese Kosten nur auf die Unterkunft im Internat, nicht auf die eigentlichen Schulkosten und sind daher rechtlich „unbedenklich“.

Schon einmal stellte der Vorstand der GJH klar, dass die Verknüpfung zwischen Schulqualität, Abschlussniveau und dem Einkommen der Eltern unbedingt aufgebrochen werden muss.

Sind die hohen Kosten nun mit unserem Grundgesetz vereinbar oder nicht?

Ein Appell an Alle mit und ohne Fachkenntnis sich diese Frage zu stellen und ihre Meinung kund zu tun. ■

W I R F W E R D E N G E F R A C K T !

TEXT —
NICOLE MAISCH

N

ach Niedersachsen und NRW ist nun auch Hessen ins Blickfeld internationaler und deutscher Energiekonzerne gerückt, die sich die Gasvorkommen, die als so genanntes unkonventionelles Erdgas in Nordhessen zu finden sind, sichern wollen. In Hessen haben wir es mit BNK zu tun, dem deutschen Ableger eines kanadischen Konzerns, der beim zuständigen Bergamt in Darmstadt Aufsuchungslizenzen für ein 5.212 Quadratkilometer großes Gebiet, das sich über die nordhessischen Landkreise und Marburg-Biedenkopf erstreckt, beantragt hat und das der Konzern, der seinen Claims gerne die Namen majestätischer Raubvögel gibt, „Adler South“ getauft hat. Schon dieser Vorgang gibt Anwohnern und Umweltverbänden allen Grund zur Sorge, denn die Gasvorkommen können nur mit Hilfe des so genannten Hydraulic Fracturing (Fracking) gefördert werden.

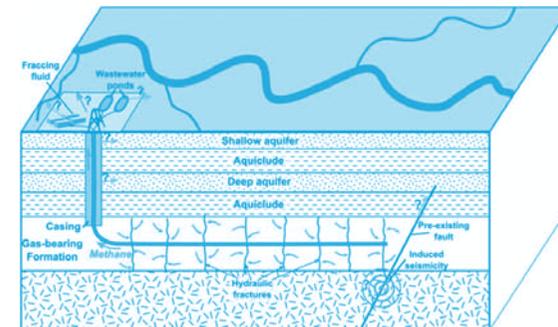
Bei dieser Methode werden unter hohem Druck mit einer Mischung aus Wasser und Sand Risse ins Gestein gesprengt, um die dort gebundenen Erdgasvorkommen freizulegen. nicht das Erdgas, sondern seine man zunächst eine vertikale zwischen 1.000 und 4.000 m horizontal bis zu 3000m in den. Entlang der horizontalen Dabei werden der Fracking- kalien beigefügt, die zum Bei- dern, Gleitfähigkeit herzu- Korrosion zu schützen sollen. ist hochgiftig.



„Unkonventionell“ ist also Förderung. Dabei vollzieht Bohrung, die auf einer Tiefe abgelenkt wird, um dann die Breite geführt zu wer- Bohrung wird „gefrackt“. flüssigkeit zahlreiche Chemi- spiel Pilzwachstum verhin- stellen oder die Rohre vor Ein Teil dieser Chemikalien



Die Risiken des Frack- ing liegen auf der Hand. Unter Tage sind die zum Teil hochgiftigen Chemika- lien nicht zu kontrollieren und bedrohen tiefe Grund- wasserressourcen. Über Tage erfordern die gigantischen Wassermenge, die beim Fracking eingesetzt werden, schnell mehrere Tausend Tonnen chemi- scher Zusätze, deren Transport, Lagerung und Einsatz ein hohes Unfallpoten- tial birgt. Der Rückfluss des Frack-Fluids gemischt mit Lagerstättenwasser ist ein ziemlicher giftiger Cocktail, der lokale Kläranlagen überfordern dürfte. Darüberhinaus werden im Untergrund oftmals Schwermetalle oder radioak- tive Substanzen aus natürlichen Vorkommen gelöst. Quecksilber und Radium



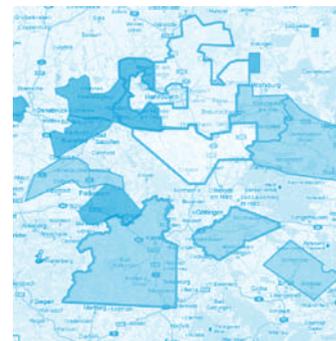
sind aber, einmal an die Oberfläche befördert, ein enorm giftiges Problem. Zu allem Überfluss könnten die Sprengungen unter Tage seismische Akti- vitäten, sprich Erdbeben, auslösen.

Kurz: Die Methode zeigt schon heute immense Umweltprobleme und birgt nicht abschätzbare Risiken speziell für Trinkwasser und Heilquellen. Die Genehmigung erfolgt nach einem veraltetem Rechtsrahmen. Das Bundesberggesetz schützt Men- schen und Umwelt nicht ausreichend, sondern erklärt die Ausbeutung der Bodenschätze zum ober- sten Prinzip. Für die allermeisten Fracking-Vorha- ben ist nicht einmal eine Umweltverträglichkeits- prüfung vorgeschrieben. Das passt nicht mehr ins 21. Jahrhundert.

Ich unterstütze ein Fracking Moratorium und eine Reform des Bergrechts, die Bürgerbetei- ligung, Rechtsschutz, faire Interessenabwägung, transparente Verfahren und eine verpflichtende

Umweltverträglichkeitsprüfung zum Inhalt haben soll. Nicht zuletzt muss auch geklärt werden, wie mit den Folgeschäden des Bergbaus umgegangen werden soll.

Nach dem derzeitigen Stand der Technik kann Fracking in unserer Region nicht sicher betrieben werden. ■



**Deshalb
Fracking – Nein
danke!**

SOZIAL

Das Wort sozial (von lat. socius, gemeinsam, verbunden, verbündet¹) bezeichnet wechselseitige Bezüge als eine Grundbedingung des Zusammenlebens, insbesondere des Menschseins (der Mensch als soziales Wesen). Es taucht in mehreren Bedeutungen auf.

Sozial bedeutet in der Regel „zur Gruppe gerichtet“

LOYALITÄT

(von franz.: Treue) bezeichnet die innere *Verbundenheit* und deren Ausdruck im Verhalten gegenüber einer Person, Gruppe oder Gemeinschaft. Loyalität bedeutet, die Werte (und Ideologie) des Anderen zu teilen und zu vertreten bzw. diese auch dann zu vertreten, wenn man sie nicht vollumfänglich teilt. Loyalität zeigt sich sowohl im Verhalten gegenüber demjenigen, dem man loyal verbunden ist, als auch Dritten gegenüber.

... Loyalität ist die *positive Verzerrung* der Wahrnehmung von kritischen Ereignissen in einer Beziehung. Besteht Loyalität, so werden negative Ereignisse durch eine *positive Verzerrung* weniger belastend für die Beziehung bewertet. Loyalität beschreibt somit die Abweichung von einer objektiven Bewertung von negativen Ereignissen in einer Beziehung. Loyalität ist stark abhängig von der Beziehungs-

vergangenheit. Neutrale Beziehungen (ohne Loyalität) sind gekennzeichnet durch einen weitgehend linearen Zusammenhang von Zufriedenheit mit der Beziehung und Verbleibewahrscheinlichkeit in der Beziehung. Im Gegensatz zu einer neutralen Beziehung bleibt die Verbleibewahrscheinlichkeit in Beziehungen mit einer positiven Vergangenheit (und damit wirksamer Loyalität) selbst bei deutlicher Unzufriedenheit auf einem hohen Niveau. Das bedeutet, selbst bei Unzufriedenheit mit der Beziehung führt Loyalität zur Aufrechterhaltung der Beziehung. Erst bei sehr starker Unzufriedenheit ist mit einem plötzlichen Abbruch der Beziehung zu rechnen. Selten beachtet ist auch der umgekehrte Effekt der Anti-Loyalität, einer Art Abneigung. Wurde eine loyale Person so stark enttäuscht vom Partner, dass es zum Abbruch der Beziehung kam, so wirkt anschließend ein umgekehrt, also negativ verzerrender Effekt, die Anti-Loyalität. Das bedeutet, bei wirksamer Anti-Loyalität wird ein Partner, mit dem eine stark negative Vergangenheit geteilt wird, sehr viel negativer bewertet als eine neutrale Person (ohne negative Vergangenheit).

Das Ausmaß der geforderten Loyalität hängt von den Erwartungen ab, die für die jeweilige Beziehung konstitutiv sind. Diese Beziehungen können informeller (z. B. Freundschaften) oder formeller Natur sein (z. B. Ehe). Man kann in sie hineingeboren werden (z. B. Verwandtschaft)

oder sie gewählt haben (z. B. Einwanderung). Die Loyalitätserwartungen erstrecken sich auf äußere Handlungen, aber auch – wie im Falle von Freundschaften – auf innere Einstellungen. Strittig ist, ob Loyalitäten genuine Pflichten sind.

EGAL

Bedeutungen:
[1] *umgangssprachlich:* gleichgültig
[2] bündig, eben
Herkunft:
Übernahme in der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts von französisch égal fr, "gleich", welches auf lateinisch aequilis la "eben, gleich" zurückgeht ...

Synonyme:
[1] gegenstandslos, banane, latte, rille, piepe, schnuppe, schnurz, wurscht, Wurst, Bums, Erbse; schriftdeutsch: einerlei
[2] bündig, eben, plan, symmetrisch
Gegenwörter:
[1] wichtig, bedeutend
[2] unegal
Unterbegriffe:
[1] Steigerungen: piepegal, piepschnurzegegal, schießegal, schietegal
Beispiele:
[1] Das ist mir so was von egal!
[2] Ein Schlag mit dem Hammer, und es ist egal!
Redewendungen:
[1] das ist mir egal
Abgeleitete Begriffe:
[2] egalisieren, Egalität

Quelle: wikipedia

I S C H

K A N N N

K A N Z L E R

TEXT —
AMELIE WENGENROTH



Ist es unser Ziel möglichst schnell bei den Großen mitzumischen?

Du bist im GJH-Alter, seit mindestens zwei Monaten bei uns Mitglied und hast im Idealfall seit kurzem ein Amt in deinem Kreisverband? Perfekt! Wie wäre es denn mit einem Landtagsmandat? Noch keine 21? Kein Problem.

Wir haben da noch den Bundestag...

Sicherlich wissen die meisten jetzt schon worauf ich anspiele. Lasst uns doch einfach mal über diese Entwicklung sprechen. Schließlich bin nicht allein mit dieser Meinung. Versteht mich nicht falsch - es ist toll, dass wir nicht diese JU-Mentalität haben, nur mit jahrelangem karrieristisch motiviertem Engagement etwas zu erreichen. Das führt nämlich zu purer Verdrossenheit und einem verdrehten Meinungsbild. Auch wenn es natürlich eine bessere Außenwirkung hat, eineN StaatssekretärIn als LandesvorsitzendeN zu haben ... aber zurück.

Wir sehen wohin das führt. Die Frage die wir uns jetzt stellen müssen – wollen wir so sein?

Ist es unser Ziel möglichst schnell bei den Großen mitzumischen? AmtsinhaberInnen zu stellen die ihr Amt nur aus Pflichtbewusstsein ausführen, weil sie ja eigentlich damit beschäftigt sind im Land- und Bundestag einer Schleimspur hinterher zu kriechen? Und zu einem Zeitpunkt, wenn die GJH für den Weg zum Mandat nicht mehr gebraucht wird, können auch die Ämter in der GJH niedergelegt und an junge, unerfahrene und unbedarfte Nachfolgerinnen und Nachfolger abgegeben werden.

Ja wollen wir das? Eigentlich haben wir uns doch immer so verstanden, kritisch nachzufragen, Spaß bei der Sache zu haben, Kommunikation, Toleranz und Respekt untereinander zu fördern, an der politischen Willensbildung junger Menschen mitzuwirken, auf Missstände hinzuweisen

und Leute für etwas zu begeistern. Diese Definition einer Jugendorganisation sieht Wikipedia übrigens genauso.

So steht die Personalfrage doch eher hinten an. Da gab es alle Jahre mal wieder jemanden der „ausgebrochen“ ist und mehr wollte. An andere Stelle für unsere Überzeugungen kämpfen wollte.

Heute entsteht der Eindruck, als ob ein Mandat mehr als attraktive Alternative zum Beruf oder als passender Anschluss ans Studium oder Schule gesehen wird. Wären wir im Web, würde ich jetzt den „gefällt mir nicht“ Button drücken.

Eine JU 2.0 wollte ich eigentlich nicht sein. Die gibt's nämlich schon.

GRÜNE JUGEND BERGSTRASSE
Ann-Katrin Dörrich-Rees & Jonas Koegler
Gräffstraße 11
64646 Heppenheim
rettediewelt@gmx.net
http://rettediewelt.blogspot.com

GRÜNE JUGEND DARMSTADT
Sophia Honecker & Nadim El-Nagi
Lauteschläger Str. 38
64289 Darmstadt
sophia_honecker@live.de
www.gruene-darmstadt.de/kreisverband

GRÜNE JUGEND FRANKFURT
Irina van Kleef & Björn Leppich
Oppenheimer Str. 17
60594 Frankfurt
gjfm-vorstand@liston.jpberlin.de
www.gruene-jugend-frankfurt.de

GRÜNE JUGEND FULDA
Lisa Fleckenstein & Philipp Dente
Hinter den Löhren 2
36037 Fulda
gruene-jugend-fulda@web.de
www.gruene-fulda.de/gruene-jugend

GRÜNE JUGEND GIESSEN
Theresa Hollerith & Sarah Naumann
Liebigstraße B3
35392 Gießen
gj-giessen@web.de
www.gruene-giessen.de/jugend

GRÜNE JUGEND GROSS-GERAU
Natalia Gotschalk & Patrick Nold
Mainzer Str. 18
64521 Groß-Gerau
info@gruenejugend-gg.de
www.gruenejugend-gg.de

GRÜNE JUGEND HERSFELD-ROTENBURG
Anna George & Carina Gropengießer
Kettengässchen 1
36251 Bad Hersfeld
mail@gj-hef-rof.de
www.gj-hef-rof.de

GRÜNE JUGEND HOCHTAUNUS
Anna Ruth Wenz & Ilja Streubel
Holzweg 14
61440 Oberursel
kontakt@gj-hochtaunus.de
http://www.gj-hochtaunus.de/

GRÜNE JUGEND KASSEL
Mara Abdula & David Hahn
Uhlandstraße 1
34119 Kassel
gj-kassel@arcor.de
www.gruene-jugend-kassel.de

GRÜNE JUGEND LAHN-DILL
Esther Schwedler & Till Eichler
Weißadlergasse 9
35578 Wetzlar
gruene-jugend_lahn-dill@gmx.de
www.gruenejugend-lahn-dill.de

GRÜNE JUGEND LIMBURG-WEILBURG
Cornelius Dohm & Lysanne Dobranz
Josef-Ludwig-Str. 18
65549 Limburg
Corneliusdehm@gmx.de
lysannedobranz@yahoo.de
http://www.gruene-jugend-limburg.de/

GRÜNE JUGEND MAIN-KINZIG
c/o Bündnis 90 / Die Grünen Main-Kinzig
Schützenstr. 33
63450 Hanau
mail@gjh.de

GRÜNE JUGEND MAIN-KINZIG
c/o Bündnis 90 / Die Grünen Main-Kinzig
Schützenstr. 33
63450 Hanau
mail@gjh.de

GRÜNE JUGEND MAIN-TAUNUS
Jonas Wisplinghoff & Eva Reckhard
Oskar-Meyrer-Str. 32a
65719 Hofheim
info@gj-mtk.de
www.gj-mtk.de/

GRÜNE JUGEND MARBURG-BIEDENKOPF
c/o Bündnis 90/Die Grünen
Frankfurter Strasse 46
35037 Marburg
gj-marburg@gmx.de
www.gj-marburg.de

GRÜNE JUGEND ODENWALD
Eva Tonhaef
c/o Bündnis 90 / Die Grünen Odenwald
Am Marktplatz 2
64720 Michelstadt
Eva-T@web.de

GRÜNE JUGEND OFFENBACH-STADT
c/o Bündnis 90 / Die Grünen Offenbach
Frankfurter Str. 67
63067 Offenbach
evareckhard@gjh.de

GRÜNE JUGEND OFFENBACH-LAND
Annabelle Jäger & Benjamin Schwarz
Große Rathausgasse 2
63500 Seligenstadt
info@gjkreisoffenbach.de
www.gjoffenbachland.de

GRÜNE JUGEND RHEINGAU-TAUNUS
Nadine Hieß und Fabian Schulz-Luckenbach
Bahnhofstr. 12
65307 Bad Schwalbach
info@gj-rtk.de
http://www.gj-rtk.de/

GRÜNE JUGEND SCHWALM-EDER
c/o Grüne Schwalm-Eder
Bahnhofstr. 1
34590 Wabern
kayakinkel@gjh.de

GRÜNE JUGEND VOGELSBERG
kayakinkel@gjh.de

GRÜNE JUGEND WALDECK-FRANKENBERG
Carolin Pape und Wolfram Henkel
Bunsenstrasse 2
34497 Korbach
info@gj-waldeck-frankenber.de
www.gj-waldeck-frankenber.de

GRÜNE JUGEND WERRA-MEISSNER
c/o Bündnis 90 / Die Grünen Werra-Meissner
37713 Witzenhausen
benbusstiek@gjh.de

GRÜNE JUGEND WETTERAU
c/o Bündnis 90 / Die Grünen Wetterau
Wilhelm-Leuschner-Str. 7
61169 Friedberg
alexunrath@gjh.de

GRÜNE JUGEND WIESBADEN
Eva Tonhaef
c/o Bündnis 90 / Die Grünen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
keamueller@gmx.net
samira-gobel@hotmail.de
www.gj-wiesbaden.de/

SCHAMPUS ist die Informationszeitschrift der Grünen Jugend Hessen
Die nächste Ausgabe erscheint im Winter 2012

HERAUSGEBERIN
Grüne Jugend Hessen
Erscheinungsweise vierteljährlich
Auflage 1.600 Stk.

REDAKTION
Elisabeth Amrein, Cornelius Dehm,
Anne Kaufmann, Tobias Terhaar,
Anna Raab, Marcel Fischer

VISDP
Benjamin Weiß, Lysanne Dobranz

ART DIRECTION / ILLUSTRATION
Bergmannstudios.com
Catrin Sonnabend & Kai Bergmann

DRUCK
Frotscher Druck GmbH, Darmstadt

Die Zustellung des Schampus ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für eingesandte Manuskripte sind wir dankbar, behalten uns jedoch die Veröffentlichung vor. In dieser Zeitschrift abgedruckte Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder.

E-MAIL
schampus@gjh.de

Ja, ich möchte mehr über die Arbeit der Grünen Jugend Hessen erfahren. Schickt mir ein Infopaket

Name, Strasse, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Telefon, Fax, E-Mail:

BITTE MIT
0,45
FRANKIEREN

Grünen Jugend Hessen
Oppenheimer Str. 17
60594 Frankfurt am
Main